

# Verein zur Wiedereinführung staatlicher Studienkollegs in NRW

Lothar Jansen

48159 Münster, der 20.02.2009  
Idenbrockweg 179  
Tel.: 0251-6207113 dienstl. direkt  
0251-620710 dienstl. Sekretariat  
0251-213459 privat  
[www.nrw-braucht-studienkollegs.de](http://www.nrw-braucht-studienkollegs.de)

## Zur aktuellen Situation der Studienkollegs in NRW

### 1) Vorgeschichte

- NRW ist seit Jahren Schlusslicht in der Betreuungsrelation, die Hochschulen sind unterfinanziert.
- Die 7 staatlichen Kollegs sind zwar immer an eine Hochschule angebunden, aber für mehrere Hochschulen zuständig.
- Die ABC-Hochschulen (Aachen, Bonn, Köln) schlugen 2004 vor, ihre Kollegs aufzulösen und alle Stellen in ihrem Haushalt zu belassen. So hätten sie für sich ein reformiertes kleineres Kolleg betreiben können und sie hätten einen Stellengewinn auf Kosten der Nachbarhochschulen erzielt.
- Die Auslandsämter der ABC-Hochschulen forderten die Übertragung der Studienkollegsaufgaben in ihren Bereich, um so eine sinnvolle Verzahnung mit den Lehrgebieten zu ermöglichen und gleichzeitig ihre Position und persönliche Eingruppierung zu verbessern.
- Die Fachhochschulen haben nur wenige Planstellen und hauptsächlich Mittel für Lehraufträge. Sie forderten, Planstellen von den Hochschulkollegs auf die Fachhochschulkollegs zu verlagern, um so die Lehrauftragsmittel anderweitig verwenden zu können.
- Das Schulministerium überlegte 2004, die Zahl der Kollegs in NRW auszuweiten und auf alle Kollegs unabhängig von ihrer bisherigen Größe und ihrem Kursangebot die vorhandenen Stellen gleichmäßig zu verteilen.
- Zur Durchsetzung von Veränderungen wird der Landesrechnungshof mit einer „Überprüfung“ beauftragt. Die Untersuchungsführerin erklärt in Gesprächen, man solle die Kollegs schließen und an weniger Standorten mit erweitertem Auftrag neu gründen. Anders als in Berlin, das zeitgleich einen ganz ähnlichen Bericht erstellt, wird in NRW am Ende nur die Schließung vorgeschlagen. Als wesentlicher Grund wird die mangelnde Effizienz angegeben.

### 2) Wurde zur Durchsetzung getrickst und gelogen?

2005 übernahm die FDP das Wissenschaftsministerium. Prof. Pinkwart wurde Minister, der Kanzler der RWTH Aachen, Dr. Stückradt Staatssekretär. Beide wollten die Schließung der Kollegs, in der CDU gab es teilweise Widerstand.

- Im Frühjahr wurde eine Landtagsanhörung durchgeführt, zu der als einzelne Hochschulen nur die ABC-Hochschulen eingeladen. Studienkollegs befürwortende Hochschulen konnten nicht auftreten. Die LRK der Hochschulen sprach sich für, die der Fachhochschulen gegen die Schließung aus.
- Die für die Studienkollegs zuständige Fachaufsicht im Ministerium spricht sich für die Beibehaltung der Kollegs aus.

- Zwei Wochen vor dem Schließungsbeschluss veranlasst der Generalsekretär der FDP, Herr Lindner, dass die Ministerien den Erfolg der Studienkollegs überprüfen. Das Ergebnis widerspricht völlig den Zahlen des Landesrechnungshofes, der sich auf das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik stützt.
- Am Donnerstag vor dem Kabinettsbeschluss zur Schließung erklären zwei Staatssekretäre (Brendel, Palmen) protestierenden Studenten, das Land müsse zwar sparen, aber das Thema stünde nicht auf der nächsten Tagesordnung.
- Am Freitag bestellt der zuständige Schulstaatssekretär die Kollegleiter ein. Er erklärt, am nächsten Dienstag werde man die Kollegs schließen. Niemand dürfe sich aber dazu äußern. Die Kollegs seien nicht notwendig, er habe die Zahlen selbst überprüft.
- Parallel dazu wird ein Pressebericht lanciert, der die Kollegs wegen Ineffizienz in Frage stellt. Der Bericht erscheint am Samstag. Die Kollegleiter müssen dazu schweigen. Auf der Homepage des Innovationsministeriums steht für einige Tage, nur ein Drittel der Studienkollegiaten fände den Weg ins Studium.
- Am Dienstag beschließt das Kabinett die Schließung der Studienkollegs.
- Dies Vorgehensweise und die genannten Zahlen veranlassen den Leiter des Kollegs Münster, das Landesamt für Statistik nach den Zahlen zu fragen. Es erklärt, Münster habe z.B. im WS 06/07 und im SS 07 keinen Studienkollegiaten gehabt (bei 23 Lehrern!) Analoge absurde Zahlen lagen für die anderen Kollegstandorte vor. Etwas ausgeglichen wurde es dadurch, dass Universitäten, die kein Kolleg haben und auch keine Lehrer, dennoch Studienkollegiaten haben. Dass diese Zahlen unsinnig sind, hätte man schon im Landesamt wissen müssen, erst Recht aber in den zuständigen Ministerien! Der Minister erklärte im zuständigen Landtagsausschuss sinngemäß dazu: „Dann waren die Studienkollegs doch gut, aber was wir machen, ist besser.“

### 3) Kernpunkte des Regierungsbeschlusses

- An die Stelle der staatlichen Studienkollegs treten zwei Stipendienprogramme,
  - a) ein Gebührenstipendium für private Studienkollegs
  - b) ein allgemeines Stipendium für Studierende aus der Subsahara
 Der Gesamtumfang der Stipendien entspricht nach den Zahlen des Innovationsministers knapp der Hälfte des für die Kollegs verwendeten Geldes. Offiziell wird aber gesagt, man habe das ganze Geld verwendet.
- Da die Kirchen die Regierungsentscheidung ablehnen, dürfen sie ihre beiden kleinen Kollegs behalten. Die Finanzierung wird unverändert festgeschrieben, aber so, dass private Anbieter sich nicht darauf berufen können.
- Die privaten Studienkollegs sollen auf eine zentrale Feststellungsprüfung vorbereiten, die extern von der Schulabteilung der Bezirksregierung abgehalten wird.
- Den Hochschulen wurde in einer wenige Tage später einberufenen Sitzung verboten, eigenen Ressourcen wie Geld, Räum und Personal für Studienkollegskurse zu verwenden, um Wettbewerbsverzerrungen mit privaten Anbietern zu vermeiden.

### 4) Die Situation ein Jahr nach dem Regierungsbeschluss

- Alle anderen Bundesländer bieten weiter kostenlose Studienkollegsplätze an. Warum soll ein Ausländer nach NRW gehen und Geld bezahlen, wenn er die gleiche Leistung kostenlos in anderen Bundesländern erhält.
- Es gibt keine neuen privaten Kollegs. Der einzige seriöse Versuch der CDG scheitert an der Kursgebühr von 10350 €
- Die Einschränkung des allgemeinen Stipendienprogramms auf die Subsahara trifft bei den ausgeschlossenen Entwicklungsländern auf Verärgerung. Die Beschränkung wird

aufgegeben. Zur Gesichtswahrung wird das Stipendienprogramm in zwei Teile aufgesplittet, in eines für die Subsaha und in eines für den Rest der Dritten Welt. Diese Stipendien sind natürlich gefragt. Insgesamt sind es aber nur 200, bei einer Studierendauer von 5 Jahren langfristig somit 40 Stipendien pro Jahr. Das ist marginal angesichts der weggefallenen 1200 jährlich angebotenen Plätze an den Studienkollegs. Besonders problematisch ist dabei die ungewöhnlich laxen Bedürftigkeitsprüfung.

- Das Schulministerium war auch ein Jahr nach dem Regierungsbeschluss nicht in der Lage, eine neue Regelung für die externe Feststellungsprüfung vorzulegen.
- Der Versuch des Innovationsministeriums, über die KMK andere Bundesländer zu bewegen, sich ihm anzuschließen, war erfolglos. In den anderen Ländern sieht man die Position der Kollegs eher gestärkt, da das Bachelor-Studium eine solide Vorbereitung verlangt. In den anderen Ländern gibt es eher die Tendenz, den Auftrag der Kollegs zu erweitern, hin zu propädeutischen Kursen für ausländische Bewerber mit direktem Hochschulzugang.

## 5) Die aktuelle Situation (April 09)

- 5 der 7 Kollegs werden im Sommer geschlossen, die beiden Kollegs in Köln laufen ein Jahr länger, um die Ausbildung der Kollegiaten landesweit abschließen zu können.
- Neue private Kollegs gibt es nicht.
- Keine Universität ist bereit, Studienkollegskurse einzurichten. Vorbereitungskurse in Medizin oder Geisteswissenschaften wird es in NRW in absehbarer Zeit nicht geben.
- Das Land verzichtet darauf, zu überprüfen, ob die Hochschulen eigenes Geld in die Kurse stecken. Die Hochschulen müssen es lediglich erklären.
- An 3 Fachhochschulstandorten gibt es Versuche, Kurse mit dem Stipendienprogramm fortzuführen:
  - a) Die FH Köln will ein oder zwei Kurse anbieten und dazu auch die Lehrbeauftragten des bisherigen Kollegs gewinnen. Bislang liegen aber kaum Bewerbungen vor!
  - b) Die FH Dortmund möchte demnächst einen T-Kurs einrichten, zu dem ein privater Vermittler Chinesen gewinnen möchte, die wegen fehlender Hochschulausbildung zu Studienkolleg nicht zugelassen werden dürfen. Das widerspricht den KMK-Vereinbarungen und die Erteilung der Visa ist mehr als fraglich.
  - c) Die FH Aachen hatte bislang reiche Chinesen angeworben, die 16000 € für einen einjährigen Vorbereitungskurs in englischer Sprache sowie die Unterbringung in Doppelzimmern in einer ehemaligen Kaserne in der Nähe von Jülich bezahlen. Sie wurden aus Schulabsolventen ausgewählt, dürfen somit nicht in anderen Bundesländern ein Studienkolleg besuchen oder studieren. In Kombination mit dem dreijährigen Bachelor in englischer Sprache wird dies als vierjähriger Bachelor vermarktet, was internationalem Standard entspricht. Für dieses Modell gibt es durchaus eine Nachfrage, für die bisherige Klientel der Studienkollegs ist das aber nicht finanzierbar. Sie sind zu arm. Außerdem bezieht es sich auf wenige englischsprachige Studiengänge. Das Gebührenstipendium des Landes von 5000 € deckt nicht einmal ein Drittel der Kursgebühr und kann somit nur reichen Studenten zugute kommen, man hilft nur den Besserverdienenden, die Armen bleiben draußen. Da dies der bislang einzige realisierbare Kurs ist, wird der bisherige stellv. Leiter des SK Aachen sogar an die FH Aachen abgeordnet werden. Vor einem Jahr wäre das undenkbar gewesen.

- Die Auswahl der Stipendiaten bleibt ein ungelöstes Problem. Befriedigende Lösungen gibt es bislang nicht. Eine Auswahl im Ausland ist schwierig, es sei denn, man beschränkt sich auf ein oder zwei Länder wie China. Und was ist, wenn die Stipendiaten schlechter abschneiden als die Nicht-Stipendiaten? Die Überlegung der FH Aachen, erst viel Geld zu nehmen und dann den Besten 5000 € zu erstatten, ist mehr als fragwürdig. Damit macht der Steuerzahler reichen Ausländern unnötige Geschenke.
- Das Schulministerium hat noch immer keine Prüfungsordnung vorgelegt. Es steht vor einem gravierenden Dilemma. Das Innovationsministerium ist seiner Reform gescheitert. Es möchte aber die drei oben beschriebenen Restkurse sichern und weitere ermöglichen. Der Staatssekretär im Innovationsministerium, Dr. Stückradt, sagt kürzlich auf einer Konferenz in Bonn, bei der er vom Generalsekretär des DAAD wegen der Schließung der Studienkollegs deutlich kritisiert wurde, ihm falle kein Zucken aus der Krone, wenn den Beschluss modifizieren müsse, wenn sich das Programm in den nächsten Jahren nicht bewähre. Unabhängig von der Frage, ob in NRW schon Staatssekretäre gekrönte Häupter haben, ist das Scheitern schon jetzt offenkundig. Daher wird nun die Ministerin Sommer gedrängt, ihre öffentlich bekundeten Qualitätsansprüche und die Vereinbarungen mit der KMK aufzugeben und Billigkurse zu ermöglichen. Schließlich stehen ja nur 5000 € pro Kursteilnehmer zur Verfügung. Aktuell soll sie daher folgenden Regelungen zustimmen:
  - a) Die Zahl der Fächer wird auf 4 begrenzt, in den meisten Kursen waren es vorher 5. Das spart teure Fachlehrer.
  - b) Es gibt keine Ausbildungsordnung, nur eine Prüfungsordnung. Damit umgeht man die Qualitätsstandards der KMK, deren Regelungen zu Lehrern und zum Unterricht an Studienkollegs.
  - c) Die externe, zentrale Prüfung soll nur noch die Ausnahme sein. Die von den Kursteilnehmern direkt bezahlten Lehrbeauftragten sollen die Prüfungsaufgaben selbst stellen und durchführen. Dann ist der Erfolg auch gesichert, eine externe Prüfung wie das sonst gelobte Zentralabitur würde bei sich herumsprechendem Misserfolg das Geschäft verderben.
  - d) Die Vorbereitung darf auch in Englisch sein, damit das Geschäft an der privaten FH Köln erhalten bleibt. Wenn dann ein Student später die DSH besteht, soll die Kombination der Feststellungsprüfung äquivalent sein. Die zentrale Aufgabe der Studienkollegs, nicht nur inhaltlich, sondern auch fachsprachlich vorzubereiten, wird damit umgangen.
  - e) Die an den Fachhochschulen abgelegten Feststellungsprüfungen berechtigten bislang nur zum Besuch der Fachhochschulen. Das wird aufgegeben, die Absolventen dürfen auch Universitäten besuchen. Man fragt sich, warum man nicht auch an den Schulen die Fachhochschulreife zur Hochschulreife erklärt. So wäre die Ministerin den Ärger mit dem Zentralabitur sofort los!

### **Fazit:**

Angesichts des bisherigen Misserfolgs und der angedachten Peinlichkeiten sollte die Landesregierung noch vor der nächsten Landtagswahl eine Kurskorrektur vornehmen. Der Verein hat ebenso wie der Philologen-Verband dazu Vorschläge unterbreitet. Bislang fehlte die Gesprächsbereitschaft. Das ist fatal für Studienbewerber aus Entwicklungsländern, aber letztlich auch fatal für unser Land. Der Rückgang an ausländischen Studienanfängern muss gestoppt werden!